

Inhalt:

Pläne für Hafenentwicklung und Landesgartenschau S. 01
Haushalt S. 02
Bau eines Kohlekraftwerkes S. 02
Wohnbebauung an der Kirchstraße S. 03

Zukunft von Papenburg als Messestandort S. 04
20 Jahre SPD-Ortsverein Aschendorf S. 04
Fortbestand der VHS S. 04

Februar 2009

„Sorgen sind ein falsches Signal“

Papenburger Rat: Pläne zur Gartenschau weiterverfolgen – Ja zu Hafenentwicklungskonzept

jka PAPENBURG. Ob Hafenkonzept 2025 oder Landesgartenschau – in den großen Zukunftsfragen waren sich die Mitglieder des Papenburger Stadtrates einig. Unterschiedliche Ansichten gab es nur in einigen Details.

Die Hafenentwicklung sah Dr. Burkhard Remmers (CDU) als „vielleicht eine der größten Chancen, die wir in den letzten Jahren bekommen haben“. Bei einer Realisierung der angedachten Hafenerweiterung gen Süden (wir berichteten) sei die Schaffung von Arbeitsplätzen gleichzeitig Familien- und Sozialpolitik. Mit einer gemeinsamen Entscheidung könne der Rat „viel von dem Klein-Klein der vergangenen Monate wiedergutmachen“. Remmers mahnte zugleich, den Nordhafen nicht zu vergessen und in Richtung Westoverledingen das Signal zu senden, dass „wir sofort wieder das gemeinsame Gewerbegebiet forcieren, wenn es aus der Nachbargemeinde gewollt ist.“

Zustimmung fand das Hafenkonzept auch beim Unabhängigen Bürgerforum (UBF) und der FDP. Deren Fraktionsvorsitzender Laurs Westers bezeichnete den Hafen als „Rückgrat unserer Wirtschaft“. Der Boker

ler Ratscherr Jürgen Broer (SPD) äußerte Wünsche wie die Sanierung der Waldstraße und eine Ampel zur Entschärfung der Kreuzung Waldstraße/Deverhafen. „Wir haben immer die Entwicklung der Stadt unterstützt. Jetzt dürfen wir auch etwas einfordern.“

Versammlung am 13. Mai

Broer wies auf einen Termin hin, an dem die Bokeler auf ihre Forderung aufmerksam machen könnten. Für den 13. Mai sei eine Bürgerversammlung vorgesehen.

Bürgermeister Jan Peter Bechtluft signalisierte Aufgeschlossenheit für die Anliegen Broers. Mit dem Konzept der Hafenerweiterung löse die Stadt das ein, worauf die Bokeler seit sieben Jahren warten. Jetzt gebe es Planungssicherheit. Der Austausch mit den Bürgern sei der Stadt wichtig. Bechtluft: „Sonst haben wir da die nächste Bürgerinitiative.“

Nicht so einstimmig wie das Hafenkonzept sah der Rat die Machbarkeitsstudie zur Landesgartenschau 2012 (wir berichteten ebenfalls). Ludger Husmann (SPD) sprach von „ganz großen Bauchschmerzen, wenn nicht der überwiegende Teil durch das Land bezuschusst wird“. Diese Sichtweise unterstrich auch Wilhelm Kröger



Möglichst viel Fördergeld will Bürgermeister Jan Peter Bechtluft für die Landesgartenschau 2012 in Papenburg bei der Landesregierung heraushandeln. Foto: Johannes Kapitza

(UBF): „Wenn Justizminister Bernd Busemann die Landesgartenschau nach Papenburg holen will, muss das Land entsprechend mit-

finanzieren.“ Für Diskussionen sorgte auch der Veranstaltungsort am Untenende. SPD-Fraktionschef Peter Raske kritisierte: „Das Ge-

biet ist bereits erschlossen und strukturiert. Woanders hätten wir etwas Nachhaltiges schaffen können.“ Er spielte damit darauf an, dass

die ersten Gartenschau-Überlegungen Maßnahmen am Obenende vorgesehen hatten.

FDP-Chef Westers hatte bereits frühzeitig deutlich gemacht, dass sich seine Partei nicht auf eine Stadtteildiskussion einlasse. „Damit die gesamte Stadt von der Schau profitiert, sind die Ortsteile gefordert, selbst konstruktive Vorschläge zu machen“, erklärte er.

„Nicht zerreden“

Die CDU als Koalitionspartner der FDP warnte durch Burkhard Remmers davor, die Landesgartenschau frühzeitig zu zerreden. „Wir verhandeln mit dem Land auf Augenhöhe und werden die Stadt nicht in ein finanzielles Fiasko reiten. Sich jetzt schon Sorgen zu machen, ist ein komplett falsches Signal.“

Bei sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen von SPD und UBF votierte der Rat dafür, die Machbarkeitsstudie für die Landesgartenschau weiter auszuarbeiten. Mit dem grünen Licht des Stadtrats soll die Verwaltung nun die weiteren Finanzierungsdetails ausarbeiten. Bechtluft: „Wir versuchen, bei der Landesregierung möglichst viel herauszuhandeln, denn die finanziellen Bauchschmerzen teilen wir alle.“

März 2009



Stehen für große zukünftige Investitionen im Mittelpunkt: die Entwicklung und der Ausbau des Papenburger Hafens. Foto: Archiv

„Kluge Weichenstellung“ trotz „nebliger Zukunft“

Einstimmigkeit bei Haushaltplan 2009 und Hafenkonzept

Sonntags Report, 01.03.2009

■ **Papenburg (sr)** In seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsplanes 2009 skizzierte Bürgermeister Jan Peter Bechtluft zunächst die Lage: Kurzarbeit, stillgelegte LKW und außer Betrieb genommene Schiffe im Hafen zeigten, dass die „wirtschaftliche Abwärtsspirale“ nicht nur im Fernsehen stattfände, sondern



bei den Menschen angekommen sei. Weil private Investitionen zurückgingen, leiste die Stadt Papenburg mit den vorgesehenen Maßnahmen ihren Beitrag zur Konjunkturbelebung. Die Spielräume dazu habe man, weil in den vergangenen acht Jahren fast zehn Millionen Euro an Schulden abgebaut worden seien. Ähnlich einmütig wie das spätere Abstimmungsergebnis zum Haushaltsplan lauteten die Stimmen aus den verschiedenen Fraktionen: Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden Sascha Kleinhaus seien mit dem Plan „wesentliche Eckpunkte“ auf den Weg gebracht, außerdem zeige ein Volumen von insgesamt rund 61,5 Millionen Euro „welche Kraft wir als Stadt Papenburg [...] entwickelt haben“. Auch von der FDP kamen an-

erkennende Worte zum Haushaltsentwurf. Trotz „nebliger Zeiten“ und einem „Unsicher-



heitsgefühl“ sprach Fraktionschef Laurens Westers von einem „realistischen und vorsichtigen“ Zahlenwerk, das ohne Anhebung von Steuern auskomme.



Auch die Opposition gab sich größtenteils zufrieden – obwohl man „noch lange nicht am Ende der Strecke“ sei, so Peter Raske von der SPD. Für Dr. Volker Eissing vom Unabhängigen Bürgerforum seien „wichtige sozialpolitische Maßnahmen“ enthalten obwohl er „mehr Engagement für Schulen und Bildung“ und ein Gesamtschulkonzept vermisse.

Hafenentwicklung

Bei der Entwicklung der Stadt spielt der Hafen eine zentrale Rolle. Obwohl ein gute Ent-

wicklung zu sehen ist, stehen in diesem Bereich große Ausgaben an. „Langfristig kommen wir um einen Neubau der Seeschleuse nicht herum“, so Stadtbaurat Dirk Landeck, der maßgeblich für das „Hafenentwicklungskonzept 2025“ verantwortlich zeich-



net. Für Sanierung und Verbesserung der Schleusenanlagen, der verkehrstechnischen Infrastruktur, Gleise und Brücken sowie mögliche Erweiterungspläne beschloss der Rat die vorgelegte planerische Grundlage einstimmig.

Eckdaten

Verwaltungshaushalt: 48.092.000 Euro
Vermögenshaushalt: 13.415.500 Euro

Verschuldung (31.12.2008): total 26.505.418,90 Euro

bei 35.381 Einwohnern ergibt das eine Pro-Kopf-Verschuldung: 749,14 Euro

Personalausgaben: 10.163.000 Euro

Sonntags Report, 01.03.2009

Umweltausschusssitzung wegen Bau eines Kohlekraftwerkes

Auf der Ratssitzung am 26.06.2008 wurde den Mitgliedern der Bürgerinitiative „Saubere Energie“ versprochen, in einem späteren Verfahren im Bau- und Umweltausschuss unter Hinzuziehung von Experten das Kohlekraftwerk in Dörpen zu behandeln. Trotz mehrfacher Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses wurde das Thema aber nicht behandelt.

Aus diesem Grund beantragte die SPD-Fraktion eine Sitzung des Bau- und Umweltausschusses mit dem Tagesordnungspunkt „Stellungnahme der Stadt zum Bau eines Kohlekraftwerkes in Dörpen“. Gleichzeitig erklärte sich die SPD-Fraktion in Papenburg solidarisch mit dem Protest gegen das Kohlekraftwerk in Dörpen. Die SPD-Fraktion unterstützte das Ziel, die Bürger vor Umwelt schädigenden Einflüssen zu bewahren.

Für die SPD war die Energieerzeugung aus Kohle nur eine Übergangstechnologie, die bundesweit unter speziellen Standortbedingungen nur als Ergänzung zum massiven Ausbau der erneuerbaren Energien bei gleichzeitigem deutlichem Energiesparen vertretbar war. Es wurde in Dörpen ein Kraftwerk geplant, das jährlich 2.828.500 t einer minderwertigen Kohle verbrennen und dabei weit über 7 Millionen t CO₂ emittieren sollte. Mit der Feuerungswärmeleistung 2200 MW und der elektrischen Leistung 900 MW ergab sich nur ein magerer Wirkungsgrad von knapp 41 % und eine Emission von 1150 Gramm CO₂/kWh. Das entsprach der spezifischen CO₂-Emission eines mit heimischer Kohle befeuerten Kraftwerks des neunzehnten Jahrhunderts. Außerdem mussten die Feinstäube aus den Kohlehalden als sehr gefährlich eingestuft werden.

02.12.2017

Einen Bedarf für ein derartiges Kraftwerk gab es nach Meinung der SPD weder regional noch deutschlandweit.

Die Sozialdemokraten wollten sich aus der Verantwortung für die Energieversorgung natürlich nicht stehlen. Die Situation in Deutschland war, dass Kraftwerkskapazitäten in einer Größenordnung von bis zu 30 000 Megawatt ersetzt werden mussten durch das Abschalten der Kernkraftwerke und der veralteten Kohlekraftwerke. Vor diesem Hintergrund gab es einen Run zur Küste. Überall gab es Pläne für Kraftwerksbauten. In Ostfriesland landeten drei Gaspipelines aus verschiedenen Feldern Norwegens an.

Deshalb machte es keinen Sinn, in Dörpen ein Kohlekraftwerk zu bauen. Wenn schon ein Großkraftwerk, dann eines mit gasbetriebenen Turbinen, so die SPD.

Papenburg soll Kraftwerk ablehnen

gs **PAPENBURG.** Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Papenburg fordert die Stadt auf, den Bau des in Dörpen geplanten Steinkohlekraftwerkes abzulehnen. SPD-Fraktionschef Peter Raske hat in einem Schreiben an Bürgermeister Jan Peter Bechtluft einen entsprechenden Antrag formuliert. Er begründet seine Forderung damit, dass in Dörpen ein Kraftwerk geplant werde, das jährlich mehr als 2,8 Millionen Tonnen minderwertige Kohle verbrennen und dabei weit über sieben Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen solle. Zudem vergleicht Raske das Milliardenprojekt mit einem „mageren Wirkungsgrad von knapp 41 Prozent“ mit einem Kraftwerk des 19. Jahrhunderts.

Ems-Zeitung, 14.03.2009

Wohnbebauung an der Kirchstraße gefordert

An der Kirchstraße befand sich der ehemalige Standort des Sonderpostenmarktes „Nix wie hin“ sowie einer Baumschule. Diese Fläche lag bereits seit einigen Jahren brach. Seit Anfang 2008 wurden der Stadt Papenburg verschiedene Projektskizzen für den Bereich vorgelegt. Jetzt befasste sich die SPD-Fraktion mit einer möglichen veränderten Nutzung.

Die SPD-Fraktion begrüßte grundsätzlich das Interesse für eine Projektentwicklung in diesem Bereich. Sie vertrat aber die Meinung, dass für dieses Gebiet zukünftig keine Einzelhandelsnutzung mehr eingeplant werden sollte.

Eine Verwertung für Einzelhandel hätte negativen Auswirkungen auf andere zentrale Bereiche im Stadtgebiet. Es waren genügend Einzelhandelsgeschäfte in der Innenstadt vorhanden. Bei der geplanten Ansiedlung handelte es sich nur um einen innerstädtischen Standortwechsel. Die zu erwartende Verkehrsbelastung bei großflächiger Einzelhandelsnutzung war für die Kirchstraße nicht vertretbar.

Die SPD forderte für dieses Gebiet eine Nutzung ohne negative Auswirkungen auf andere zentrale Bereiche im Stadtgebiet. Eine zukünftige Verwertung durfte den Verkehrsfluss auf der Kirchstraße nicht beeinträchtigen. Außerdem sollte eine Baulückenschließung erreicht werden. Dabei wäre auf eine angemessene Fassadengestaltung hinzuwirken.

Die SPD empfahl für dieses Gebiet innerstädtische Wohnnutzung. Eine Wohnbebauung würde das bereits vorhandene Wohngebiet an der Dietrich-von-Velen-Straße abrunden. Die Planungen für eine Revitalisierung des Standortes sollten entsprechend dieses Vorschlages weiter geführt werden.

SPD: Wohnbau auf Projektareal an Kirchstraße

PAPENBURG. Die SPD-Fraktion im Papenburger Stadtrat fordert in einer Pressemitteilung eine Wohnbebauung an der Kirchstraße auf dem ehemaligen Gelände des Sonderpostenmarktes „Nix wie hin“. Diese Fläche liege, ebenso wie eine benachbarte Baumschule, schon seit einigen Jahren brach. Seit Anfang 2008 seien der Stadt verschiedene Projektskizzen vorgelegt worden. Diese beinhalteten nach Informationen unserer Zeitung gewerbliche Nutzungsformen. Die SPD-Fraktion begrüßt in ihrer Stellungnahme grundsätzlich das Interesse für eine Projektentwicklung des Bereiches, spricht sich aber gegen eine Einzelhandelsnutzung aus. Diese hätte aus Sicht der SPD „negative Auswirkungen auf andere zentrale Bereiche im Stadtgebiet“. In der Innenstadt gebe es ausreichend Einzelhandel, eine Ansiedlung an der Kirchstraße bedeute nur einen innerstädtischen Standortwechsel. Auch die zu erwartende Verkehrsbelastung für die Kirchstraße sei nicht vertretbar. Die SPD fordert eine Nutzung, bei der diese aus ihrer Sicht negativen Folgen nicht eintreten. Außerdem solle eine Schließung der Baulücke erreicht werden, die eine angemessene Fassadengestaltung berücksichtigt. Die Sozialdemokraten setzen daher auf eine Wohnbebauung, um das bereits vorhandene Wohngebiet an der Dietrich-von-Velen-Straße abzurunden. Fraktionsvorsitzender Peter Raske sprach sich persönlich für eine „modellhafte Mehrgenerationen-Wohnbebauung“ aus, für die möglicherweise Fördermittel erworben werden könnten.

Ems-Zeitung, 28.03.2009

Zukunft für Papenburg als Messe- und Kongressstandort

Die SPD-Fraktion sah für die Zukunft Papenburg als Standort für kleinere Messen und Kongresse gut aufgestellt. Nach dem Motto „Dort tagen, wo einst große Schiffe gebaut wurden“ bot Papenburg als ehemalige Fehnkolonie mit der Nähe zum Bahnhof, dem Hafen, dem Hauptkanal und dem Stadtpark Vorteile für einen Tagungs- und Messebetrieb, wie ihn nur wenige Orte präsentieren können.

Nachdem die ursprüngliche Bebauung auf dem Gelände des ehemaligen Wasserwerks gescheitert war und auf dem Gelände „Am Turmkanal“ sich der Ausbau verzögerte, bzw. mit den Wohnhäusern am Wasser noch nicht angefangen wurde, brachte die SPD-Fraktion neue städtebauliche Aspekte ins Spiel.

Statt immer neue Einzelhandelsgebiete zu planen, schlug sie für das Gelände auf dem ehemaligen Wasserwerk vor, ein
April 2009

Hotel der gehobenen Klasse mit 200 Betten zu erstellen und auf den Bau einer Tankstelle zu verzichten. Gleichzeitig könnten auf dem Gelände vor dem Forum Alte Werft Veranstaltungsräume oder Mehrzweckhallen entstehen, die zusammen mit der Kesselschmiede als Messestandort genutzt werden könnten. Damit würde für Papenburg die Möglichkeit eröffnet kleinere Messen und Kongresse oder Tagungen durchzuführen.

Mit den großen Hotels am Untenende und Obenende sowie einem neuen Hotel am Stadtpark und entsprechenden Veranstaltungsbzw. Messerräumen auf dem Gelände Am Turmkanal hätte Papenburg hervorragend geeignete Örtlichkeiten für die Ausrichtung von Fachmessen. Durch ein weiteres Hotel würde die Bettenkapazität in Papenburg soweit ansteigen, dass auch die Durchführung von Bundestagungen von Verbänden und Vereinen möglich wären.

20 Jahre SPD in Aschendorf: Ortsverein feiert Geburtstag mit Ehrungen



Geburtstagsgäste der Aschendorfer SPD (von links): Peter Raske, Clemens Bollen, Karin Stief-Kreihe, Anton Henzen, Keno Borde, Peter Behrens, Ralf Diedrichs, Rainer Lahrmann, Matthias Groote und Paul Höll.
Foto: Markus Andrees

man **ASCHENDORF**. „Wir wollen heute keinen Wahlkampf führen, sondern miteinander Geburtstag feiern und dabei verdiente Parteigenossen ehren“, betonte Ralf Diedrichs, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Aschendorf. Anlass seiner Ansprache war das 20-jährige Bestehen des Ortsvereins.

Am 4. April 1989 sei im Kolpinghaus der Grundstein für den Verein gelegt worden, berichtete Diedrichs. Zum Gründungsvorsitzenden wurde damals Hans Werner Gouterney gewählt.

Ein weiteres Gründungsmitglied ist Hermann Korte. Für seine Treue sowie für die langjährige Mitarbeit im Vorstand schenkte ihm der hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete Clemens Bollen eine viertägige Reise für zwei Personen nach Berlin.

Matthias Groote, Abgeordneter des Europaparlaments, verlieh Rainer Lahrmann, der ebenfalls zu den Gründervätern des Ortsvereins gehört, den Titel Ältestenrat. „Deine Stimme hat innerhalb der SPD Gewicht“, lobte er den Geehrten, der seit 1986 in Aschen-

dorf lebt. Die Landtagsabgeordnete Karin Stief-Kreihe ehrte Paul Höll für 40-jährige SPD-Mitgliedschaft.

Glückwünsche zum 20-jährigen Bestehen überbrachten auch Mitglieder der anderen Aschendorfer Parteien. Ortsbürgermeister und FDP-Bundestagsabgeordneter Michael Goldmann versicherte, dass die tüchtige Arbeit der SPD in der Gemeinde geschätzt werde. Und Hermann Wessels von der CDU lobte die gute Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten.

Ems-Zeitung, 06.04.2009

Fortbestand der VHS

Die VHS befand sich in einer existenziellen Finanzkrise. Die SPD-Fraktion hielt auch weiterhin daran fest, dass es Aufgabe der Stadt wäre für Weiterbildungsangebote der Bevölkerung eine Volkshochschule vorzuhalten. Dazu gehörte auch die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Qualifizierungsmaßnahmen, wie sie von der BUKO durchgeführt wurden. Die SPD-Fraktion betonte ihre Solidarität mit den Kursteilnehmern und Mitarbeitern und forderte neben der lückenlosen Aufklärung, alles nur Mögliche zu tun, um die VHS zu erhalten.

Neben einem eventuellem Missmanagement und fehlender Kontrolle war für den Fraktionsvorsitzenden Peter Raske die BUKO ein Opfer der veränderten Förderkulisse vom Bund und von Europa. Auf der einen Seite wurden Bildungsträger durch Ausschreibungen zu Dumpingpreisen gezwungen. Auf der anderen Seite waren die Risiken bei europäischen Fördermitteln in Bezug auf Rückforderungen so hoch, dass Träger mit geringer Eigenkapitaldecke wie z.B. die VHS finanziell

stark gefährdet waren. Außerdem wurde der enorme Verwaltungsaufwand durch die Fördermittel aus Europa nicht ausreichend finanziert. Wenn außerdem zum Beispiel noch vom Zentrum für Arbeit des Emslandes bei Durchführung von Maßnahmen gefordert wurde, europäische Mittel einzuwerben, dann hatte auch das Zentrum für Arbeit eine Verantwortung für die Finanzmisere der BUKO.

Die Ausschreibungen der Agentur für Arbeit führten dazu, dass viele Träger mit einer Tarifstruktur des öffentlichen Dienstes sich von deren Maßnahmen verabschieden mussten, weil andere Träger ohne tarifvertragliche Bindungen mit Dumpingpreisen den Zuschlag erhielten.

Die SPD-Fraktion lehnte eine einseitige Schuldzuweisung ab. Es galt jetzt, nach vorne zu blicken und die Weiterbildung in Papenburg ebenso zu sichern wie die schulische und vorschulische Bildung.